

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

N i e d e r s c h r i f t Nr. 6/2023

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach

am: Mittwoch, 21. Juni 2023

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:53 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Bürgersaal im Rathaus

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte: 17

Es waren anwesend:

CDU: OR Kehrle, OR Müller, OR Miersch, OR Griener

B´90/Die Grünen: OR Dr. Klingert,
OR Dr. Wagner, OR Ruf, OR Elke Frey, OR Stolz, OR Isele

SPD: OR Dr. Rausch,

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius

FW: OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Seidler

DIE LINKE: OR Frey

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Pötzsche, OR Köster, OR Henkel, OR Siebach, OR Oppelt

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Carlo Wurm (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Dueck (StaDu), Herr Rößler (StaDu),
Herr Dr. Wilhelm (FA), Herr Struck (FA), Herr Lipp (OA)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 9. Juni 2023, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 16. Juni 2023 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

**6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Bürgersaal des Rathauses. Entschuldigt seien Herr Pötzsche, Herr Köster, Frau Oppelt, Frau Henkel und Herr Siebach. Eventuell werde Herr Siebach später nachkommen. Die Tagesordnung habe sich ebenfalls reduziert. Sie hätten viele Vorlagen nicht rechtzeitig bekommen. Auch der TOP 2, touristische Unterrichtungstafeln, Durlach historische Altstadt, sei nicht rechtzeitig angekommen, sodass sie auch den TOP 2 hätten absetzen müssen.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) bittet darum, den Scheinwerfer hinter seiner Fraktion abzustellen, da er eine sehr große Hitze abstrahle. Unter solchen Umständen wolle er keine Sitzung abhalten und bitte daher um Verständnis.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass der Scheinwerfer ausgeschaltet werde. Außerdem wolle sie hinzufügen, dass die Kollegen gebeten hätten zu TOP 1 nicht aufzuzeichnen. Sie würden erst danach mit der Aufzeichnung beginnen.

**6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 1, Zustandsbericht zum Durlacher Wald**, auf und begrüßt hierzu Herrn Dr. Wilhelm und Herrn Struck. Herr Dr. Wilhelm sei das erste Mal im Durlacher Ortschaftsrat. Sie dürfe ihn als neuen Leiter des Forstamtes der Stadt Karlsruhe begrüßen. Herr Struck sei als ihr Revierförster wohlbekannt und bereits oft im Gremium gewesen.

Herr Struck (FA) führt aus, dass der Distrikt Oberwald, der Bergwald und der Turmberg zu Durlach gehörten. Das sei alles Stadtwald Karlsruhe. Auch auf Durlacher Gemarkung sei der Staatswald Rittnert, der seit 2020 von der Anstalt des öffentlichen Rechts Forst BW betreut werde. Hier seien sie nur noch hoheitlich zuständig, aber nicht mehr in der Bewirtschaftung. Er betreue den Wald seit über zwanzig Jahren und er habe sich seither stark verändert. Er habe hier den Dürremonitor aufgezeigt. Er zeige die gesamte Bundesrepublik. Letztes Jahr habe es im Juni aufgehört zu regnen und erst Ende September, Oktober wieder angefangen. Diese Karten zeigten den Zustand im sogenannten Gesamtboden bis 1,80 Meter Tiefe. Das sei der Bereich, der für ihre Bäume relevant sei. Es sei eine außergewöhnliche Dürre. Das sei nicht die erste Dürre. Seit 2015 hätten sie mehr oder weniger trockene Zeiten. 2018, 2019 und 2020 seien extrem gewesen. 2021 habe es eine kleine Entwarnung gegeben. 2022 habe es aber wieder richtig zugeschlagen. Er habe auch den Dürremonitor vom Montag dabei. Sie würden hier diese drei Tafeln sehen. Links sei der Gesamtboden, in der Mitte der Oberboden und ganz interessant sei die rechte Grafik, das pflanzenverfügbare Wasser. Sie hätten im Oberboden, 25 cm, am Montag keinen Tropfen pflanzenverfügbares Wasser gehabt. Das sei für die alten Bäume nicht ganz so dramatisch, da sie in einem anderen Bereich wurzelten. Aber sie könnten sich vorstellen, was das für ihre Kulturen bedeute. Sie seien wieder eingestiegen in die Bewässerung. Ohne ihre Bewässerung hätten die Kulturen keine Chance. Gesamtstädtisch sei einmal der Hardtwald, die Kinzig-Murg-Rinne, hier sei auch Durlach drin und es seien Extremstandorte wie der Turmberg. Es hänge zum einen mit der Waldgesellschaft, die dort stocke und zum anderen mit den Standorten zusammen. Die Hartwälder mit ihren nährstoffarmen Sandböden, da litten die Bäume ganz extrem. Mittlerweile seien fast alle Baumarten betroffen. Er habe Bilder, die ausnahmslos vom Bergwald seien. Oben sehe man Dürreschäden an einer Douglasie, allerdings an einem extremen Standort. Hier beim Ahorn würden sie die sogenannte Rußrindenkrankheit sehen. Das sei ein Pilz, der immer schon da gewesen sei, aber jetzt im Zusammenhang mit der Trockenheit sehr zusetze. Die Ahorne am Turmberg würden nach und nach verschwinden und auch im Oberwald hätten sie enorme Schäden. Das Eschentriebsterben sei nichts Neues. Dagegen kämpften sie seit zehn Jahren. Da koste es ihnen nun langsam aber sicher die letzten Eschenbestände. Auch bei den alten Buchen hätten sie Dürreschäden. Sie würden ihnen langsam wegsterben. Das Gute sei, dass die hiesigen Bestände gut durchmischt seien. Große zusammenhängende Schadflächen, wie man sie vielleicht aus den Mittelgebirgen kenne, werde man hier nicht finden. Ihre Vorgänger hätten eine hervorragende Arbeit gemacht und dafür gesorgt, dass sie gut gemischte Bestände hätten. Besonders der Turm-

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald

Blatt 2

berg mache ihm Sorge. Es gehe um einen Südwesthang. Dort sei die längste Sonneneinstrahlung und Südwestwinde, die dort ständig wie ein Fön in diesen Standort hineinwehten. Da sei alles Stein, was es schwierig für die Bäume mache, sich zu halten, zu ernähren und Wasser zu bekommen. Dieser Wald werde in zwanzig Jahren so nicht mehr aussehen, wie sie ihn kennen würden. 2020 hätten sie eine größere Verkehrssicherungsmaßnahme am Turmberg gemacht. Da hätten sie etliche Bäume fällen müssen. 2022 habe Herr Wehrle dort wieder etliche Bäume fällen müssen, die dürr geworden seien. Dürre Äste hätten über der Straße gehangen. Vor zwei Tagen seien sie oben gewesen und hätten eine kleine Krisenbesprechung vor Ort gemacht. Die Bestände lösten sich weiter auf. Es gebe weitere Schäden. In wenigen Wochen müssten sie wieder einen Eingriff machen. Diesen Eingriff würden sie mit Öffentlichkeitsarbeit begleiten. Sie würden der Bevölkerung einen Termin anbieten und die Maßnahmen im Einzelnen erläutern, um es nachvollziehbar zu machen. Entlang der Straße und von Bebauungen hätten sie eine Verkehrssicherungspflicht als Vertreter des Waldbesitzers. Hier würden sie ein beschädigtes Auto am Diakonissen Krankenhaus sehen. Unter diesem Baum sei ein weiteres Auto gestanden, das einen Totalschaden erlitten habe. Es sei höhere Gewalt gewesen. Am Baum sei kein Schaden erkennbar gewesen. Wenn die Fahrzeughalterin eine Vollkaskoversicherung habe, bekomme sie es bezahlt. Ansonsten bleibe sie auf dem Schaden sitzen. Sie kontrollierten entlang der Straßen und der Bebauung und der Bahnlinien. Im Wald müssten sie nicht kontrollieren. Die Gefahren im Wald hätten immens zugenommen. Deswegen hätten sie den Kindergärten, die regelmäßige Waldtage machten, untersagt, dies zu tun. Es brauche eine behördliche Genehmigung, diese Waldplätze aufzusuchen. Es sei denn, es sei vertraglich sichergestellt, dass die Bereiche in denen sie sich aufhielten, kontrolliert würden. Selbstverständlich kontrollierten sie Spielplätze und Erholungseinrichtungen wie Grillplätze. Da könnten auch Kindergärten noch hingehen. Er habe den Paragraph 14 des Bundeswaldgesetzes mitgebracht. Demnach dürfe man den Wald jederzeit betreten. Kindergärten seien eine sogenannte organisierte Veranstaltung und bedürften der behördlichen Genehmigung, aber man tue dies auf eigene Gefahr und müsse mit walddtypischen Gefahren rechnen. Diese würden zunehmen. Sie stünden nicht tatenlos daneben. Bereits 2020 hätten sie im Auftrag des Gemeinderates ein Konzept zur Klimaanpassung für den Stadtwald Karlsruhe geschrieben. Er habe rechts zwei Zitate aus diesem Konzept mitgebracht. Es gehe darum, Mischwälder aufzubauen, die dort hinpassten. Es gehe darum Artenvielfalt zu fördern und letztendlich auch darum, den Kohlenstoffspeicher Wald weiter aufzubauen und diese Speicherung zu nutzen. Wichtig sei es, den Stadtwald zu erhalten und das auch für kommende Generationen zu tun, weil sie den Wald, so wie er sich heute darstelle, ihren Vorgängern zu verdanken hätten. Ganz wichtig für die Gestaltung des Waldes, sei die Jagd. Sie hätten im Februar 2022 im Bergwald einen Zaun aufgestellt. Dieses Bild habe er letzte Woche aufgenommen. Er glaube, dass sie sich gut vorstellen könnten, was im Zaun sei und was außerhalb des Zaunes sei. Er habe das Bild im Zaun vergrößert. Sie würden hier eine reiche Naturverjüngung sehen, an Ahorn, an Eichen, Einbuche, Rotbuche und hier draußen sei alles abgefressen. Sie würden noch einmal ganz

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,**17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald****Blatt 3**

intensiv mit den Jagdpächtern ins Gespräch kommen. Ohne deren Einsatz falle es ihnen unglaublich schwer, diesen Waldumbau voranzutreiben. Sie müssten sehr kleinflächig arbeiten. Das bedeute einen hohen Aufwand. Ein weiteres Thema, dass sie stark belaste, sei die Waldbrandgefahr. Sie schauten täglich in den Index des deutschen Wetterdienstes rein. Er habe eine Karte vom letzten Freitag mitgebracht. Sie hätten hier die höchste Waldbrandgefahrenstufe, was sie dazu bewogen hätte, die Grillplätze ab vorgestern zu sperren. Es habe nun geregnet. Doch das was heute Nacht heruntergekommen sei, sei relativ schnell wieder verdampft. Wenn Sie mal mit offenen Augen durch das Stadtgebiet fahren und Rasen sehen würden, dann sei dieser nur noch gelb und dürr. Dabei hätten sie jetzt Juni und nicht August. Daher sei das Gefahrenpotential sehr hoch. Am Montag hätten seine Mitarbeiter den Grillplatz am Oberwaldsee sauber gemacht. Die Menschen würden teilweise ihren eigenen Grill mitbringen. Die heiße Kohle könnten sie in die Feuerstelle schütten, aber sie schütteten sie dann doch in den Wald. Das seien Ausgangsherde für Waldbrände. Sie seien im engen Austausch mit der Branddirektion. Sie hätten die ein oder andere Übung gemeinsam gemacht. Landesweit würden jetzt Waldbrandtandems aus Forst- und Feuerwehrleuten gebildet, die da zusammengebunden würden. Sie hätten die Ortskenntnis, aber keine Kenntnis über das Feuerlöschen. Bei der Feuerwehr sei das genau umgekehrt. Er wolle außerdem darüber sprechen, wie der Wald der Zukunft aussehe. Er habe hier ein Bild des Bergwaldes. Das sei ein Wald, den er versucht habe, über zwanzig Jahre zu entwickeln. Das sei ein sogenannter Dauerwald. Sie würden dicke und dünne sowie alte und junge Bäume sehen. Er glaube, dass diese gut strukturierten Wälder den Klimaveränderungen Einiges entgegen zu setzen hätten. Ob diese Rechnung aufgehe, bleibe abzuwarten. Im Bergwald sei die Lage noch einigermaßen in Ordnung.

Herr Dr. Wilhelm (FA) führt aus, dass das, was sie im Moment draußen sehen würden, eine Verschiebung von Lebensräumen sei. Das Klima, das sie heute draußen hätten, sei vor 75 Jahren im Raum Lyon gewesen. Momentan würden sich die Lebensräume rasant nach Norden verschieben. Wenn man sich die Klimaprognosen und das letzte Jahr 2022 anschau, könne man davon ausgehen, dass es in den nächsten Jahren noch deutlich schlimmer werde. Das was sie jetzt sehen würden, seien nur die Anfänge. Mit jedem Grad Temperaturerhöhung bräuchten sie ungefähr 100 Milliliter Niederschlag mehr. Wenn sie betrachteten, was sie zwischen 2020 und 2022 an Niederschlag verloren hätten, besonders in den Sommermonaten, seien es 125 Milliliter. Dazu komme, dass sich die Vegetationsperiode verschiebe. Letzten Dezember hätten sie noch Laub an den Bäumen gehabt. Dieses Jahr hätten die Bäume sehr früh ausgetrieben. Das bedeute, sie bräuchten deutlich mehr Niederschlag. In Mitteleuropa sei letztes Jahr die größte Hitze seit Beginn der Wetteraufzeichnungen aufgezeichnet worden. Über 2,2 Grad Temperaturerhöhung im Vergleich zur Zeit vor dem Industriellen Zeitalter. Das bedeute, dass sie viel mehr Niederschlag bräuchten. Das sei ihre Kernherausforderung. Das bedeute für sie als Forstamt, dass sie momentan drei Schwerpunkte in ihrer Arbeit hätten. Einer sei Schadensbewältigung. Da gehe es um Klimafolgen. Die Verkehrssicherung sei neue für sie. Sie hätten es schon im

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald

Blatt 4

mer ein bisschen gehabt. Mittlerweile machten sie fast nichts anderes mehr. Sie liefen an Straßen, Schienen und Autobahnen entlang. Wenn sie dachten, dass sie aufhören könnten, würden sie von vorne anfangen, da es sich rasant beschleunigt habe. Die Geschwindigkeit würden sie weder aus der Literatur noch aus der Forschung kennen. Das sei ein bisschen beängstigend. Sie hätten im Frühling tollen Niederschlag gehabt. Die Bäume seien ausgetrieben und nun gebe es wieder die Hitze. Viele Bäume hätten noch nicht genügend Wasser bekommen. Seit 2018 fehle einfach ein Delta mit der Wasserversorgung. Der zweite große Punkt sei die Zukunft. Wenn sie betrachteten, wie sich die Klimaräume verschieben würden, dann guckten sie im Moment ganz intensiv nach Mittel und Südfrankreich. Es gehe ihnen nicht um die nächsten fünf, zehn oder zwanzig Jahre. Wenn sie über Waldkategorien redeten, dann wollten sie, dass in hundert Jahren eine Eiche auf dem Turmberg ihren Samen fallen lässt, um daraus einen klimastabilen Baum zu entwickeln. Das heiße, dass sie gucken müssten, wie das Klima in 150 bis 200 Jahren in Karlsruhe aussehen würde und welche Bäume dann im Wald sein müssten. Sie seien im intensiven Austausch mit den Universitäten, der forstlichen Versuchsanstalt in Freiburg. Sie überlegten, was eigentlich das Ziel sei und welche Bäume sie hier einbringen könnten. Möglicherweise seien es Wälder, wie sie sie in Südfrankreich hätten, bunt gemischt, risikoarm. Da solle die Reise hingehen. Das sei der zweite große Punkt, mit dem sie sich beschäftigten. Der dritte Punkt sei die tolle Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen unter der Leitung seines Vorgängers viele Jahre hier in Karlsruhe gemacht hätten. Das seien die Standardaufgaben, die sie weitermachen müssten. Das führe zu einer Anspannung im Team, gleichzeitig hätten sie den Haushaltskonsolidierungsprozess. Auch sie müssten rasant einsparen. Sie müssten Personal abbauen, da sie relativ wenig Sachmittel hätten. Das führe zwangsläufig dazu, dass sie gucken müssten, welche Leistungen sie erbringen wollten und was sie noch erbringen könnten. Klimaanpassung und klimastabile Wälder sei ihre Kernaufgabe. Da gehe es um die Zukunft. Da gehe es um die nächsten hundert Jahre. Daran wollten und könnten sie nicht sparen. Das führe aber zwangsläufig dazu, dass sie in anderen Bereichen genau darauf guckten, welche Kernkompetenz sie hätten und wo die Reise hingehen würden. Auch wenn sie hier in Durlach ein bisschen weg seien vom Rhein, seien sie doch ein bisschen betroffen vom Bau des Rheinpolders in Rappenwörth, der demnächst vermutlich beginnen werde. Dort hätten sie drei Wildgatter. Diese würden dann in einem Überflutungsgebiet liegen und wegfallen. Bereits ein Vorgänger habe den Vorschlag eingebracht, sämtlich Wildgatter in Karlsruhe, die unter forstlicher Obhut stünden, in den nächsten Jahren zurückzubauen. Das tue ihnen weh. Das sei ein sehr emotionales Thema, dass sie intensiv im Kollegium diskutiert hätten. Das sei ihnen nicht leichtgefallen. Vielleicht hätten sie am Wochenende auch die BNN gelesen. Einsparvorschläge der Stadt, auch da seien sie aufgetaucht. Im Bereich Waldpädagogik würden sie ihre Veranstaltungen sehr stark reduzieren müssten, weil ihnen schlicht und ergreifend das Geld ausgehe. Im Bereich der Verkehrssicherung hätten sie momentan gesetzliche Aufgaben. Ihnen explodierten die Kosten. Sie hätten das dreifache momentan an Kosten in diesem Bereich, wie vor eineinhalb Jahren. Gleichzeitig müssten sie mit dem Budget herunter-

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald

Blatt 5

gehen. Sie würde da um Verständnis bitten. Der Wald sei so wichtig für die Bürgerinnen und Bürger Karlsruhes in allen Stadtteilen und daran könnten sie nicht sparen. Deswegen würden sie gewisse Dienstleistungen in bestimmten Bereichen leider geringer ausfallen lassen oder komplett zurückfahren müssen.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) bedankt sich für den Vortrag. Er habe fast schon etwas Furcht vor dem, was er hier höre. Die Vorträge über den Wald und seinen Zustand seien für ihn hier im Ortschaftsrat das Beeindruckendste, was er an Verwaltungsberichten gehört habe und das wo er sich persönlich zutiefst betroffen fühle. Er denke, dass es vielen Bürgern so gehe, weil der Wald für ganz viele Menschen eine sehr wichtige Funktion habe. Deswegen hoffe er, dass sie politisch jedwede Unterstützung bekämen, den Wald für die Zukunft zu erhalten. Er finde es furchtbar wichtig, natürlich auch mit tränendem Auge zu hören, wo sie einsparten. An aller erster Stelle müsse die Erhaltung des Waldes stehen. Natürlich stelle niemand die Verkehrssicherung in Frage. Jedwede Unterstützung sollten sie da erhalten. Herr Struck habe erwähnt, dass sie Kindergärten im Moment untersagten, Veranstaltungen im Wald durchzuführen. Auf Durlacher Gemarkung gebe es aber auch einen Waldkindergarten oben am Geigersberg. Der Bergwald sei wohl noch der beste Wald. Es würde ihn interessieren, ob es für sie gefährlich sei. Bezüglich der Verkehrssicherung mit vielen geschädigten Bäumen könne man sich gar nicht vorstellen, dass sie alle diese Wege gingen, die es da gebe und alle Bäume kontrollierten. Von daher müssten sie sich darauf einstellen, dass womöglich auch Wege gesperrt würden. Den Oberwald kreuzten zum Beispiel unheimlich viele Wege. Im Rittnertwald erlebe er es ähnlich. Von daher würde es ihn persönlich interessieren, ob die Wildschäden durch Wildschweine oder Rehe entstehen würden. Ihn interessiere auch, wie es mit dem Wildgatter auf Durlacher Gemarkung im Bereich Geigersberg, Bergwald weitergehe.

Herr Dr. Wilhelm (FA) antwortet, dass sie nicht das Betreten des Waldes für Kindergärten untersagt hätten. Sie würden grundsätzlich unterscheiden zwischen Kindergärten, die im Wald spazieren gingen und gelegentlich dort unterwegs seien. Da hätten sie einfach die Empfehlung, dass sie sichere Plätze suchen sollten. Das seien die Erholungsplätze, Grillplätze oder Spielplätze, die regelmäßig kontrolliert würden. Dann gebe es den Bereich Kindergärten, wo sie sichergestellt hätten, dass die Plätze regelmäßig kontrolliert würden. Da komme ein Baumkontrolleur, der Baum für Baum ganz detailliert angucke. Da werde jedes Totholz herausgeschnitten. Die hätten mit ihnen einen Vertrag. Das sei ungefähr eine Handvoll. Dann hätten sie Kindergärten, die zwischendrin seien. Da stellten sie fest, dass diese ganz häufig im Wald unterwegs seien und sie würden dem nicht habhaft. Ihnen hätten sie das Betreten des Waldes untersagt, wenn sie sich an festen Plätzen aufhielten. Sie gingen immer an dieselben Plätze. Sie könnten gerne einen Baumkontrolleur beauftragen oder das mit ihnen gemeinsam machen. Es sei ihnen nur wichtig, dass der Platz kontrolliert werde und eine Sicherheit hergestellt werde. Deswegen seien sie im intensiven Austausch mit der Sozial- und Jugendbehörde. Sie seien bei der Trägerkonferenz gewesen

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald

Blatt 6

und hätten den Trägern den Hintergrund erläutert. Dann hätten sie den Bereich der Waldkindergärten und da sei vertraglich sichergestellt, dass die einen Baumkontrolleur beauftragten oder sie als Forstamt machten es selbst. Waldwege würden sie grundsätzlich nicht auf walddtypische Gefahren kontrollieren. Das treffe nur auf Straßen, Ränder und Bebauungen zu. Sie hätten so viele Waldwege, dass sie es nicht könnten. Dafür hätten sie in Karlsruhe nicht genügend Mitarbeiter. Das mache kein Waldbesitzer. Es gehöre zum normalen Betretungsrecht, dass es mit Risiken verbunden sei und sie wiesen ausdrücklich darauf hin, dass die Risiken sich momentan erhöhten. Das betreffe ganz Mitteleuropa. Die Waldschadenssituation sei einfach immens. Der Wildschaden gehe auf Rehwild zurück, dass die jungen, frischen Knospen knabberte und vor allem bei der klimastabilen Eiche, die mit der Trockenheit zurechtkomme. Sie hätten eine Naturverjüngung, wäre nicht das Rehwild und würde es fressen. In anderen Bereichen, im Stupfericher Wald, funktioniere es gut. Dort hätten sie eine intensive Jagd auf Rehwild. Sie seien in Absprache mit den Jagdpächtern daran, nochmal Anreize zu schaffen mit einem neuen Pachtvertrag. Sie bräuchten diese Verjüngung und könnten gar nicht so viel pflanzen, wie sie bräuchten. In Karlsruhe würden sie alle forstlichen Wildgatter zurückbauen. Wie das ablaufen werde, das wüssten sie noch nicht. Da seien sie im Moment dran. Zum Teil werde das Regierungspräsidium übernehmen. Das Dammwildgehe in Durlach werde es leider auch betreffen.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag. Er finde es umso mehr schade, dass sie keine Aufzeichnung hätten. Klar sei, dass sie das Recht hätten, das nicht aufgezeichnet werde. Seitdem sie das machten, sei es das erste Mal, dass ein eingeladenes Fachamt die Aufzeichnung nicht haben wolle. Er wolle dafür werben, dass sie das machten. Sie hätten sehr gute Erfahrungen mit dieser basisdemokratischen Kommunikation. Es werde von Schulen, Parteien, der Bevölkerung zunehmend draußen genutzt. Durlach sei ein Vorreiter mit der Videoaufzeichnung. Man habe die Möglichkeit es nachzulesen, denn sie würden im Mandatos die Präsentation leider auch nicht finden. Es sei ein Projekt, das Geld koste, dass sie aus ihren Investitionspauschalen immer wieder bezuschussten und es sei ein Projekt, dass überregional immer wieder Aufmerksamkeit finde. Als sie es das erste Mal gemacht hätten, habe der Staatsanzeiger darüber berichtet. Er wolle einfach nur werben, dass man die eigene wichtige Arbeit der Behörde präsentiere, dass man auch seinen Mitarbeitern die Visibilität gebe und es sei eine tolle Sache. Heute seien wichtige Fakten dabei gewesen. Sie zählten auf ihre Medienvertreter, dass sie diese auch nach draußen transportierten. Wenn man es danach als Video gucken könne, wäre es schön. Er würde sich das künftig wünschen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fügt hinzu, dass es nach wie vor eine Freiwilligkeit sei. Das sollten sie respektieren.

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald

Blatt 7

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag. Er bestätige das, was sie in den letzten Jahren mitbekommen hätten. Dem Wald gehe es immer schlechter. Sie hätten in den 1980er Jahren das große Waldsterben gehabt. Dann sei es ein bisschen in Vergessenheit geraten und heute hätten sie die Trockenheit. Er befasse sich privat und lese auch einige Berichte darüber. In den letzten Jahren habe er einen Beitrag über den Karlsruher Wald gefunden. Darin stehe, dass der große Teil des flachen Waldes, der Oberwald und der Hardtwald, Industriewald seien, der um die Kriege herum angepflanzt worden sei, also kein natürlicher, gewachsener Wald. Der Turmberg habe ja um 1900 fast gar keine Bewaldung gehabt. Das sei ja hauptsächlich ein Anbaugebiet gewesen. Dort stehe nun die These drin, dass es ihnen eventuell so gehen werde, dass die invasiven Arten – in Karlsruhe sei es hauptsächlich der sogenannte Götterbaum, der zwar nicht verträglich sei, aber vielleicht eine Zukunft haben werde. Daher wolle er nun von ihnen wissen, ob sie damit rechnen müssten, dass die heimischen Wälder, außer der Eiche, die ein sehr alter Baum sei – er wolle nicht sagen germanisch, das dürfe man heutzutage fast nicht mehr.

Herr Dr. Wilhelm (FA) führt aus, dass die Wälder in Mitteleuropa eigentlich komplett durch Menschen geprägt worden seien. Viele seien aus Anbauten entstanden. Deutschlandweit bereiteten ihnen die Fichten-Monokulturen Sorgen. Diese seien gerade nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, wo man viel Bauholz gebraucht und schnell aufgeforstet habe. Auf der 50-Pfennig-Münze sei eine Pflanzfrau darauf gewesen. Man habe großflächig Kahlschläge gehabt, die man nach dem zweiten Weltkrieg aufgeforstet habe. Mit diesen Herausforderungen kämpften sie momentan deutschlandweit. Sie hätten zum Teil einförmige, gleichaltrige Bestände. Das sei so im Grötzinger Wald, wo sie Eschen hätten, oder Erlen in den trockneren Bereichen. Im Bergwald hätten sie eine bunte Mischung, wo sie sehr langfristig verschiedene Baumarten hätten. Aber alle Wälder, die sie in Karlsruhe oder in Mitteleuropa hätten, seien menschlich mehr oder weniger geprägt. Ganz natürliche Urwälder würden sie da nicht finden. Das sei die Herausforderung, die sie momentan hätten, dass man unter anderen Gesichtspunkten, auf andere Dinge gucke. Sie würden über sehr lange Zeiträume sprechen. Ein Landwirt könne entscheiden, dass er nächstes Jahr anstatt Weizen, Gerste oder Roggen säe. Das könnten sie im Wald leider nicht tun. Sie hätten sehr lange Zeiträume, bis eine Eiche richtig dick werde und als Habitatbaum diene, würden mal 160 bis 200 Jahre vergehen. Der Klimawandel sei ungefähr seit den 1970er Jahren in den Köpfen drin. Im Bergwald hätten sie den Vorteil gehabt, dass hier ein Kollege gewesen sei, der sich über viele Jahre überlegt habe, wie naturnahe Waldwirtschaft bunt gemischt aussehen könne und davon profitierten sie heute. Am Turmberg sei es ein bisschen anders. Da hätten sie Eschen, die aus heutiger Sicht für diese trockenen Standorte nicht mehr passend seien. Als man sie vor vielen Jahrhunderten gepflanzt habe, sei das Weltbild ganz anders gewesen. Auch das Wissen sei nicht dagewesen. Der Götterbaum sei ein Stadtbaum. Er werde aus den Gärten eingetragen. Sie hätten gerade in den Bereichen, in der Ebene im Hardtwald das Problem der spätblühenden Traubenkirsche. Rund um die Bergwaldsiedlung hätten sie andere Pflanzen, die aus den Gärten durch

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald

Blatt 8

Grünschnitt, Kirschlorbeer, in den Wald getragen würden. Dann seien Beeren dran und auf einmal breite sich dort eine Art aus, die nicht hingehöre und mache große Herausforderungen. Sie hätten sie letztes Jahr mit viel Kraft und Geld herausgerissen. In bestimmten Bereichen breiteten sich andere wärmeliebende Arten aus. Sie würden eine Verschiebung bekommen und sie könnten natürlich steuernd eingreifen. Er sehe es auch als ihre Aufgabe, die Arten zu erhalten, aber wenn sie langfristig nachdenken würden, wo die Lage klimatisch gesehen, hingehen werde, gebe es Baumarten, wie die Buche, – das sehe man in Oberreut ganz deutlich – der es zu warm werde. Sie werde hier ganz langfristig ausfallen. Dafür werde die Eiche vielleicht profitieren. Ihre Aufgabe sei es nun, die passenden Arten zu finden und in einer bunten Mischung risikoarm einzubringen. Das sei sehr kleinräumig und mache aus forstlicher Sicht sehr viel Spaß.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) merkt an, dass ihm der Turmbergwald aufgefallen sei. Bei ihm sei der Eindruck entstanden, dass sie das als Bannwald behandeln würden. Da seien zwar Bäume gefällt oder umgestürzt worden, aber man lasse die ganzen Bäume drin liegen, was er eigentlich begrüße. Er wolle wissen, was in Zukunft für den Turmbergwald geplant sei, ob sie da neue Bäume pflanzten oder ob sie das Gebiet wie eine Art Bannwald der Region überlassen würden.

Herr Dr. Wilhelm (FA) antwortet, dass sie momentan nach den Extremstandorten in Karlsruhe guckten, besonders trocken, besonders hitzeausgesetzt. Sie hätten über den Weinbergen diese Schotterhänge, wo sie wenig Erde drin hätten, die Wasser speichern könnten. Etwas Extremes würden sie in Karlsruhe kaum finden. Sie würden daraus keinen Bannwald machen. Sie wollten natürlich Totholz haben. Sie seien stolz, mit den höchsten Totholzanteil in einem kommunalen Forstbetrieb zu haben. Das Totholz bedeute auch Artenreichtum. Gerade in Oberreut könne er sehr deutlich erkennen, wie viele Spechte in diesen toten, abgestorbenen Buchen seien. Es sei tot als Holz aber nicht tot als Lebensraum. Am Turmberg machten sie sich intensiv Gedanken darüber, was die zukünftige Waldgesellschaft sei. Sie guckte da nach Mittel- und Südfrankreich. Vielleicht gebe es dort die gleiche Baumart wie die Buche am Turmberg, die genetisch an Trockenheit gewöhnt sei. Sie versuchten händierend an Saatgut aus Mittel- und Südfrankreich zu bekommen. Das sei allerdings gar nicht so einfach, weil die Trockenheit überall in Mitteleuropa eingeschlagen habe. Die Bräuchten auch dieses Saatgut. Sie seien mit Baumschulen und Saatguthändlern im Gespräch, aber es stelle sich deutlicher herausfordernder dar, als sie es sich vorgestellt hätten. Da wollten sie, dass die Reise zu einem bunt gemischten Wald hingehe. Wie er genau aussehe, das würden sie, wenn sie es gepflanzt hätten, nicht mehr erleben. Sie machten sich aber intensiv Gedanken. Das könne er versprechen.

OR Anna Frey (DIE LINKE) bedankt sich für den Vortrag. Der Wald sehe nicht nur schön aus. Er sei auch Lebensraum für Arten und gefährdete Arten. Sie wolle wissen, welche Arten durch die aktuellen Veränderungen vom Klimawandel betroffen seien, wie sich das

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,**17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald****Blatt 9**

entwickle und was sie dagegen unternehmen würden. Außerdem wolle sie wissen, welche Auswirkungen die Veränderungen des Waldes auf das Stadtklima und auf sie selbst hätten. Damit meine sie die Luftqualität in Durlach. Sie wolle darüber hinaus wissen, welche Maßnahme sie vorbeugend gegen Waldbrände schon jetzt vornehmen würden. Er habe die Schließung der Grillstellen angesprochen, aber sie wolle wissen, ob auch eine Brandampel geplant sei, dass wenn man in den Wald hineingehe, angezeigt bekomme, wie die Waldbrandgefahr aussehe sowie Infotafeln, worauf man achten müsse. Sie wolle wissen, ob es regelmäßige Brandlastschauen gebe und ob sie vor oder nach Gewittern etwas Besonderes machten. Nicht jeder Brand sei ja vom Menschen verursacht. Manchmal schlage auch ganz einfach der Blitz ein.

Herr Struck (FA) antwortet, dass landesweit Karten zur Waldbrandprävention erstellt würden, wo besondere Brandlast und Gefahrenpunkte dargestellt seien. Das sei zum einen die Brandlast, was im Wald an Totholz lagere und dann natürlich auch wo das Holz lagere. Es lagere zum Beispiel um die Bergwaldsiedlung, was hoch brisant und sehr gefährlich sei. Wenn es irgendwo mitten im Wald liege, sei die Gefahr nicht ganz so groß. Letztes Jahr hätten sie relativ viele Waldbrände im Hardtwald gehabt. Sie vermuteten, dass es sich dabei um Brandstiftung gehandelt habe. Ihre Feuerwehr habe gezeigt, dass der Wald, wenn es brenne, bei ihr in besten Händen sei. Die wären so schnell gewesen dadurch, dass auch viele Menschen im Wald seien und die Brände relativ schnell gemeldet worden seien. Sie hätten das Waldzentrum einmal evakuieren müssen, da es in unmittelbarer Nähe gebrannt habe. Die Feuerwehr habe das mit Bravour geleistet, Berufsfeuerwehr wie auch die Freiwilligen, die involviert gewesen seien. Eine Brandlastschau würden sie mit Sicherheit in Angriff nehmen. Die Waldbrandtandems würden gerade eingerichtet. Sie stünden in Kontakt mit der Branddirektion.

Wenn sich etwas dramatisch verändere, wie sie es derzeit erlebten, dann seien natürlich auch Arten betroffen. Einige profitierten davon, andere litten darunter. Sie seien mit einem Amphibienschützer im Grötzingen Wald unterwegs gewesen. Der habe erzählt, dass die Amphibien, die über die Straße getragen werden müssten, von 600 bis 100 Kröten pro Jahr in den letzten Jahren, auf unter hundert in diesem Jahr zurückgegangen seien. Sämtliche Tümpel, die austrockneten, seien keine Laichgewässer mehr. Diese Arten litten ganz extrem darunter. Aktuell habe das Umweltamt eine Kartierung der Amphibien im Oberwald gemacht. Er sei auf die Ergebnisse sehr gespannt. Der Kammmolch sei eine Art, die sehr häufig gewesen sei. Andere Arten profitierten davon. Ein Beispiel seien Insekten und Reptilien. Er sehe in letzter Zeit relativ viele Blindschleichen. So viele habe er in seinem Revier noch nie gesehen, aber auch Insektenarten wie der Heldbock oder der Hirschkäfer. So viele Hirschkäfer wie in diesem und in letztem Jahr, habe er in den zwanzig Jahren zuvor noch nicht gesehen.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) merkt an, dass es ihr Leid täte, dass sie fast die gesamte Präsentation verpasst habe. Sie sei noch beruflich eingebunden

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,**17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald****Blatt 10**

gewesen. Deswegen wäre sie echt froh, wenn sie die Powerpoint bekommen könnten. Es sei ja kein Wunder, dass der Ausdruck Nachhaltigkeit ursprünglich im Waldbau geprägt worden sei, mit der Langfristigkeit der Planung, mit der sie zu Gange seien. Das Eschensterben, dass von den weißen Stängelbecherchen ausgelöst werde, mache ihnen sehr viel Kopfzerbrechen. Sie wolle wissen, ob das irgendwelche besonderen Auswirkungen oben im Turmberg habe. Sie werde in letzter Zeit sehr oft auf den Kahlschlag im Turmberg hingewiesen. Sie sage dann immer, dass das Forstamt seinen Verkehrssicherungspflichten nachkommen müsse. Vielleicht könnten sie ihr das noch besser erläutern, damit sie das nächste Mal mehr Argumente habe. Sie hätten gesagt, dass sie den Kirschlorbeer herausrissen. Das finde sie gut. Sie frage, ob man dort die Bevölkerung noch mehr einbinden könne, um auch die Sensibilität zu erhöhen.

Herr Dr. Wilhelm (FA) antwortet, dass es sehr unterschiedlich in Karlsruhe ausgeprägt sei. Letztes Jahr habe es gerade durch die Trockenheit ziemlich Fahrt aufgenommen, vor allem im Bereich Grötzingen, wo sie sehr stark mit Wurzelfäulen hätten kämpfen müssen. Im Turmberg betreffe es einzelne Eschen. Je länger die Trockenphasen andauerten, umso geringer seien die Widerstandskräfte der Bäume. Wenn Menschen geschwächt und gestresst seien, seien sie anfälliger für Krankheiten. Den Waldbäumen gehe es nicht anders. Sie würden da kontinuierlich dranbleiben. Am Montag hätten sie dort oben eine lange Besprechung mit den Kollegen der Verkehrssicherung, Waldökologie gehabt. Ein Vorteil sei, dass sie in Karlsruhe eine Waldökologin hätten, die den Artenschutz mitbetrachte. Das habe kein anderes Forstamt in Baden-Württemberg. Da seien sie Vorreiter und würden es sehr ernst nehmen. Sie würden aber nicht darum herumkommen, dort Stück für Stück weiter aufzuräumen. Es gebe dort einige Gefahrenpotentiale, die dringend weg müssten und das werde in den nächsten Wochen erfolgen. Was sie allerdings machten, sei, die Bevölkerung vor Beginn der Maßnahme zu Waldspaziergängen einzuladen, wenn sie es so lange hinausschieben könnten. Sie versuchten es im Moment und beobachteten einzelne Bäume Woche für Woche. Da werde Gefahrenpotential überhandnehmen. Sie würden einzelne Bäume schon vorher entnehmen, um einfach zu erklären, warum sie dort tätig würden und dort Bäume markiert seien. Manche Nummern bedeuteten, dass sie die Bäume beobachteten. Sie bedeuteten nicht, dass der Baum sofort wegkomme. Sie versuchten dort erhaltend tätig zu werden, wo sie es sich zutrauten. Aber bei machen Bäumen kämen sie an die Grenze. Sie habe die Fläche angesprochen, die auch ihnen viele Sorgen bereite. Sie hätten einige Anfragen dazu bekommen. Ihr sei vielleicht bekannt, dass sie verschiedene Waldbesitzer in Karlsruhe hätten, auch städtische wie Liegenschaftsamt, Tiefbauamt, Gartenbauamt. Das sei nicht ihre Waldfläche, nichtsdestotrotz seien sie beratend tätig geworden und das ausführende Amt halte sich an ihre Empfehlungen. Letztendlich sei es dort auch eine Verkehrssicherungsmaßnahme. Bei manchen Bäumen, die dort weggekommen seien, habe man das deutlich gesehen. Bei manchen Bäumen erkenne es ein Laie auf den ersten Blick nicht. Dafür hätten sie explizite Spezialistinnen und Spezialisten bei der Stadt, die jeden Baum einzeln anschauten und manchmal müsse

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald

Blatt 11

ein Baum weg. Sie fragten manchmal, warum das so sei. Wenn sie sich ihn dann genau anguckten, würden sie dann doch die kleine Pilzkonsole sehen. Entsprechend so sehe die Fläche aus.

Sie hätten eine bunte Bandbreite an Bürger*innen-Projekten. Dafür wolle er ausdrücklich werben. Er bitte, dass sie auf die Seite ihrer Waldpädagogik guckten. Sie suchten auch händierend Partner, um mit den begrenzten Ressourcen zurecht zu kommen. Diese Projekte seien sehr zeitintensiv für sie, aber es gebe nichts schöneres, als glückliche Mitbürger abends nach Hause gehen zu sehen, wenn sie bei ihnen im Stadtwald einen Baum gepflanzt hätten. Deswegen versuchten sie es trotz ihrer engen Personaldecke zu ermöglichen. Er wolle auch explizit für das Bergwaldprojekt Werbung machen. Das sei eine tolle Sache mit einem tollen Partner. Auch dort könnten sie bei ihnen im Stadtwald tätig werden und Bäume für die Zukunft direkt pflanzen. Sie versuchten sich auf 20 forstliche Projekte im Jahr zu beschränken, weil die Vor- und Nachbereitungszeit sehr zeitintensiv sei.

OR Seidler (AfD) führt aus, dass er vorhin schöne Ideen für den Turmberg entwickelt habe, der ja diese Sandsteinverwitterungsböden habe. Im Bergwald hätten sie lehmigere Böden, die dann bei mäßig feuchten Bedingungen den Boden feuchter hielten. Er wolle wissen, welche Ideen sie hätten, um dem Wald noch zu helfen. Im Oberwald sei es ja so, dass sie da Grundwasser hätten, aber leider nur ab drei Metern Tiefe. Das sei wahrscheinlich einen Tick zu tief für die Pflanzenverfügbarkeit. Er wisse, ob es da vielleicht auch Baumarten gebe, die tiefer wurzelten und die man heimisch machen könne.

Herr Struck (FA) antwortet, dass der Buche-Dauerwald im Bergwald ein System sei, dass dort noch eine Zeit funktionieren könne. Sie setzten auf Naturverjüngung, förderten die Eiche wo es gehe. Da müssten sie immer wieder Bäume weg machen, damit die Eichen Licht bekämen. Da müsse der Jagdpächter mitspielen. Sie seien da im Gespräch. Die Eiche sei eine Baumart die Zukunft bei ihnen habe. Das müssten sie möglichst fördern. Eine Eichel, die auf den Boden falle und keime, sei tausendmal besser als irgendeine Eiche, die sie in einer Baumschule kauften und pflanzten. Sie würden in den nächsten Jahren mehr mit Saat experimentieren. Auch diese Eiche keime dann vor Ort. Sie hätten auch schon in Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei Bäume selbst gezogen und dann sehr aufwendig mit einer langen Pfahlwurzel diese Bäume auch wieder gepflanzt. Was den Oberwald angehe, gebe es durch die starke Trockenheit extrem hohe Schwankungen. Das heißt der Boden sei mal trocken, mal feucht. Da komme nicht jede Baumart mit Zurecht. Die Eiche könne das. Durch diese extremen, langanhaltenden Trockenheitsphasen gerieten sogar dort die Bäume an ihre Grenzen und gingen ein. Der Fall, von dem er gerade erzählt habe, dass seien vierzigjährige Eichen gewesen, die im August vertrocknet seien. Sie hätten jetzt wieder ausgetrieben und gerade in den letzten Wochen bekämen sie braune Blätter und würden absterben. Sie hätten dann eine Eiche rausgezogen, um die Wurzelentwicklung anzuschauen. Das Wurzelbild sei ein Graus gewesen. So sehe normalerweise eine Fichtenwurzel aus, aber keine Eichenwurzel. Sie seien an der Ursachenforschung und in Kon-

**6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 1: Zustandsbericht zum Durlacher Wald

Blatt 12

takt mit der forstlichen Versuchsanstalt in Freiburg. Die erste Prognose sei, dass die Stieleiche weniger mit den wechselfeuchten Standorten zurechtkomme als die Traubeneiche. Das heiße für sie, dass sie zukünftig mehr auf die Traubeneiche setzten. Es könne auch am Pflanzverfahren gelegen habe. Da seien sie im engen Austausch mit der Forschung, um die besten Lösungen zu erzielen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bedankt sich bei Herrn Struck und Herrn Dr. Wilhelm. Sie seien ein sehr waldinteressiertes Gremium und sie freuten sich schon darauf, wenn sie sich mit ihnen wieder im Wald treffen könnten oder, wenn es ungefährlich sei, an der schönen Waldhütte.

**6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 3, Straßenprostitution in der Ottostraße**, auf. Hierzu begrüße sie den Leiter des Ordnungs- und Bürgeramtes der Stadt Karlsruhe, Herrn Maximilian Lipp. Sie wolle sich für zwei Sachen bedanken. Es sei sehr kurzfristig angefragt worden, ob ein Vertreter komme. Herr Lipp habe selbst gesagt, dass er kommen wolle. Sie seien außerdem gerade dabei, gemeinsam mit der Bürgerinitiative einen Termin zu koordinieren, wo Herr Lipp sich auch mit der Bürgerinitiative treffe und wo auch Vertreter des Reviers und der Arge Rotlicht dabei seien. Sie wollten in einen Informationsaustausch kommen und besprechen, wie was zur Anzeige gebracht werden könne. Herr Lipp habe sich dazu auch gleich bereiterklärt. Sie finde es wichtig, dass man da in einen schnellen Austausch mit der Bürgerinitiative komme. Diese begrüße es auch und danke dafür.

OR Isele (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) führt aus, dass Prostitution in Deutschland erlaubt sei. Außer den Prostituierten, den Freiern und den Menschen, die mit Prostitution Geld verdienen, wolle niemand damit in Berührung kommen. Schon gar nicht im häuslichen Umfeld, in der Nachbarschaft oder um die Arbeitsstelle herum. Das soziale Not Frauen in die Prostitution treibe, nehme unsere liberale Demokratie billigend in Kauf. Zwei Begründungen würden hierzu am häufigsten genannt. Prostitution ermögliche Frauen erstens eigenständig und legal, finanzielle Not abzuwenden. Zweitens würde der sexuelle Notstand von Freien befriedet werde und das wiederum würde Vergewaltigungen verhindern. Die prostitutionsbegleitende Kriminalität gehe oft einher mit Menschenhandel, Zwangsprostitution, Schleppern, Loverboys und Drogen. Diese sogenannten Kollateralschäden versuchten sie mit der ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsstaatsmacht zu kontrollieren. Leider sei ihr Rechtssystem mit einer Faktensammlung auf Basis von Zeugenaussagen hierbei zu wenig wirksam. Das Machtgefälle im Prostitutionsbetrieb behindere die Beweisführung. Die Prostituierten seien abhängig von den sie umgebenden Systemen, oft der deutschen Sprache nicht mächtig und hätten wenig Kenntnis über das deutsche Rechtssystem. Es brauche nicht viel Fantasie, sich vorzustellen, wie sich das anfühle als Mädchen oder Junge in einer Straße aufzuwachsen in der Straßenprostitution stattdfinde. Sie stellt die Frage in den Raum, welches Geschlechtsmodell ihren Kindern da vor der eigenen Haustüre vermittelt werde und wie schwierig es sein müsse, als Mutter oder Vater die Fragen seiner Kinder zu diesem Geschehen zu beantworten. Sie fragt, wie sie sich fühlten, wenn sie als 15-Jährige von Freiern angesprochen würden oder als 15-Jähriger von Prostituierten. Sie wolle wissen, wie es ihnen gehe, wenn sie als Frau auf dem Weg zur Arbeit immer damit rechnen müssten von Freiern nach ihren sexuellen Verkaufsangeboten befragt zu werden oder als Mann auf dem Nach-Hause-Weg von Prostituierten mit Sexualangeboten bedrängt zu werden. Wenn sie zur Bushaltestelle gingen und dort Prostituierte stehen würden. Das müsse nicht regelmäßig passieren. Es reiche, wenn sie jederzeit damit rechnen müsse, im Alltag immer wieder mit der Prostitution vor ihrer Haustüre konfrontiert werde. Dadurch werde sie allgegenwärtig. Als Mitarbeiterin der anliegenden Firmen bekomme sie zumindest außerhalb der Arbeitszeit Abstand. Doch die

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße

Blatt 2

anliegenden Firmen fürchteten um ihre Existenz, weil die Kunden sich abwendeten und beim aktuellen Fachkräftemangel auch um den Verlust ihrer Arbeitskräfte bangten. Bei der Gründung der Bürgerinitiative gegen Prostitution hätten sich viele zu Wort gemeldet, die von den Auswirkungen der Straßenprostitution betroffen seien. Sie hätten Teile davon im Antrag formuliert. Sie hätten ihnen geschildert, dass sie vielfach bei verschiedenen Stellen Unterstützung gesucht und auch Ordnungswidrigkeiten gemeldet hätten. Sie und ihre Familien seien wegen dieser Meldungen sogar bedroht worden. Er schreibe in seiner Stellungnahme, dass ihm die von den Anwohnerinnen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der anliegenden Firmen geschilderten Belästigungen, die sie im Antrag formuliert hätten, nicht bekannt seien. Er schreibe außerdem, dass er, sobald Hinweise auf illegale Prostitution vorlägen, diesen Meldungen auch nachgehe. Die Anwohner*innen hätten Gegenteiliges gerichtet. Teilweise hätten sie sogar bei einer von der Polizei konkret genannten Stelle angerufen, um Ordnungswidrigkeiten zu melden. Alle diese Bitten von Bürgerinnen und Bürgern um Unterstützung seien – so verstehe sie seine Stellungnahme – nicht wirklich bei ihm angekommen. Selbst die Meldungen nicht, mit denen sich die Bürger*innen selbst in Gefahr gebracht hätten. Deswegen frage sie abschließend, wo sich hilfeschuchende Bürgerinnen und Bürger hinwenden könnten, ob es hierzu schriftliches Infomaterial gebe, der Polizei, der Justiz oder des Ordnungsamtes. Sie wolle wissen, wo und in welcher Form Anzeigen erfolgen könnten, damit sie gehört und registriert würden. Sie fragt, was notwendig sei, dass Meldungen auch aktenkundig würden und wo diese Meldungen verbindlich, zahlenmäßig verfasst würden.

Herr Lipp (OA) antwortet, dass er gleich auf die Fragen eingehen werde. Grundsätzlich wolle er ein paar einleitende Sätze sagen. Die Prostitution sei seit 20 Jahren in Deutschland, wie sie gesagt habe, legal. Das damalige Prostitutionsgesetz habe im Kern gesagt, dass die Verabredung sexueller Dienstleistungen nicht mehr sittenwidrig sei. Das sei ein zivilrechtlicher Ansatz. Das sei unter der Ägide der rot-grünen Bundesregierung Gesetz geworden. Es habe eine Diskussion Mitte, Ende des letzten Jahrzehnts gegeben, wie es damit weitergehe. Die Folge sei gewesen, dass es das Prostitutionsschutzgesetz gegeben habe und man da den Ansatz gehabt hätte, dass es ein Phänomen sei, dass es so lange gebe, wie es eine urbane Zivilisation gebe. Der Ansatz sei gewesen, es eher zu Regeln zum Schutz der Damen, die in diesen – heute – Beruf fänden, als es an den Rand zu schieben. Ob man es gut finde oder nicht, müsse er als Ordnungsamtsleiter dahingestellt lassen. Letztlich habe er mit der gesetzlichen Lage umzugehen. Die sage, dass es zulässig sei und dass im Grundsatz auch die Straßenprostitution zulässig sei. Im Antrag sei die Frage gewesen, ob sie oder die Polizei nachvollziehen könnten, dass es eine Zunahme oder Veränderung des Straßenstriches gegeben habe. Da könnten sie nicht. Sie gingen davon aus, dass immer circa 15 Prostituierte am Straßenstrich tätig seien. Insgesamt seien es in Durlach in Einrichtungen oder Wohnungen fünf bis zehn mehr. Die Gesamtanzahl der Prostituierten in Durlach liege nach ihrer Kenntnis bei circa 25. An der Stelle habe er den Eindruck, dass sie hier ein sehr gutes Lagebild hätten. Natürlich mögen dort auch

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,**17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße****Blatt 3**

blinde Flecken sein, im Vergleich zu anderen aber weniger. Hier gebe es eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Polizei. Der Datenstand beruhe darauf, dass sie zweimal im Jahr in ganz Karlsruhe zusammen mit der Polizei eine Kontrolle der bekannten Bordellbetriebe machten. Da bekämen sie eine ganz gute Übersicht, wie sich hier über die Jahre die Entwicklung gestaltet habe. Da könnten sie bezogen auf die Prostitution in der Gesamtstadt sagen, dass sich da zeige, dass sich die gesamte Geschichte verringert habe, dass sie von einem Rückgang der Anzahl der Prostituierten von zehn bis zwanzig Prozent ausgingen. Diesen könnten sie auch an den Zahlen belegen. Es sei auch alles angesprochen, was Prostitution mit sich bringe. Wenn sie dort bei den ordnungsrechtlichen Dingen anfangen, Straftaten, dort hätten sie keine Zahlen, die Anstiege nachweisen könnten. Insgesamt gebe es ein sehr geringes Niveau an Straftaten. Wenn sie in sämtliche Bereiche von Straftaten guckten – da habe sie Zwangsprostitution, Sexualstraftaten, Ähnliches angesprochen, da seien in den letzten Jahren wenige Verfahren eingeleitet worden. Zwei bis drei, die eingestellt worden seien. Da sei nichts nachzuweisen gewesen. Wenn sie da auf Straftaten und Ordnungswidrigkeiten guckten, die von den Prostituierten selbst begangen würden, dann seien das Dinge, die sich auf steuerliche Anmeldepflicht und ähnliches beschränkten. Irgendwie könne man da bei der Ausübung von Prostitution gar nichts feststellen. Da könnten sie einige von Prostituierten selbst gemeldete Handtaschendiebstähle melden. Körperverletzungsdelikte rund um die Prostitution seien gering, im einstelligen Bereich jährlich und könnten mit der Prostitution nicht in Zusammenhang gebracht werden. Da hätten sie keine Anzeichen, dass Prostitution an diesen Stellen mit einer höheren Zahl an Körperverletzungsdelikten oder der Gewalt einhergingen. Rundherum sei es wie gesagt. Sie hätten da ein objektives Lagebild. Das lasse nicht den Schluss zu, dass da etwas schlimmer geworden sei. Das habe ihrer Ansicht nach abgenommen. Sie seien in einem ständigen Austausch mit der Kriminalpolizei beziehungsweise mit den verantwortlichen Polizeidienststellen und es bestehe die Fachgruppe Prostituiertenschutz bei der Stadt, wo sich die entsprechenden Akteure periodisch austauschten. Die nächste Sitzung sei, wenn er es richtig im Kopf habe, am 5. Juli. Das sie auch eine mehr oder minder in der Intensität einmalige Geschichte, die er so nicht bei anderen Ordnungsämtern kenne. Das vernetze sie sehr gut mit den beteiligten Behörden, den Akteuren, den beratenden Institutionen. Es sei im letzten Jahr entschieden worden, dass auch die Gemeinderäte teilnehmen könnten, was auch genutzt werde. Sie habe gefragt, an wen man sich wenden könne, wenn es konkrete Ordnungswidrigkeiten gebe. Er könne nur sagen, dass man sich gerne an sie wenden könne. Sie würden das natürlich entgegennehmen, in jeglicher Form, aber möglichst konkret. Das sei ein Problem, dass sie hätten. Er dürfe sagen, dass bei ihnen der Eindruck dadurch entstanden sei, dass zuletzt auch die Diskussion über ein bestimmtes Objekt geführt worden sei, wo Prostitution in Diskussion sei, ob sie dort installiert werden könne oder nicht. Das sei eine rein baurechtliche Frage, zu der er hier auch leider nichts sagen könne. Da sei eine Beschwerdelage entstanden, die sie so nicht mehr gekannt hätten. Wenn es darum gehe, um die anstößige Ansprache von Passantinnen und Passanten, dann seien da Meldungen an sie gekommen, ohne konkrete Beschreibungen, was passiert

**6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße**

Blatt 4

sei, wo es passiert sei. Da bräuchten sie auch Zeugen, die Menschen, denen es passiert sei. Sie hätten dazu keine Namen. Sie kämen da gerne ins Gespräch und würden dem nachgehen. Sie bräuchten da aber etwas Handfestes. Wenn dort etwas Kritisches vorfallen würde, dann solle bitte der Notruf gewählt werden. Sie seien in dieser Sache im engsten Austausch mit der Polizei. Natürlich seien sie als Ordnungsbehörden da auf jede Weise ansprechbar.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass dazu auch das Gespräch diene, dass sie mit der Bürgerinitiative führen wollten. Damit sie klarer legten, was die Voraussetzungen seien, dass er in sein Handeln komme. Das müsse die große Botschaft sein. Auch beim letzten Gespräch mit der Bürgerinitiative hätten sie schon verstanden, dass eine Anzeige auf Zuruf und dass man gehört habe, dass irgendjemand etwas passiert sei, nichts auslösen werde.

OR Isele (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) ergänzt, dass sie direkt von Anwohner*innen bei einem Treffen gehört habe, dass mit ganz konkreten Aussagen angerufen worden sei. Das sei bei ihm offensichtlich nicht gelistet.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass sie auch viele Mitteilungen bekommen habe, wo man angeblich ganz konkret etwas gemeldet hätte. Da sei aber nichts konkret gewesen. Man müsse da vorsichtig sein. Was für den einen konkret sei, sei für den anderen wenig konkret. Viel sei über ihre Schreibtische gegangen, wo sie gesagt hätten, dass ganz klar sei, dass da kein Handeln erfolgen könne. Damit die Betroffenen wüssten, wie so eine Meldung aussehen müsse, gingen sie ins Gespräch. Es finde auch ein Gespräch mit den ansässigen Firmen statt und auch mit den Anwohnenden über die Bürgerinitiative. Dann solle man ihnen allen die Chance geben, wie man dann mit dieser neuen Lage umgehe. Wenn alle besser voneinander Bescheid wüssten, sei es die Frage, ob Herr Lipp dann immer noch nicht mehr Fakten auf dem Tisch habe oder dann Fakten auf dem Tisch seien, die eine Sperrgebietsausweisung ermöglichen. Nach ihrem Kenntnisstand hätten sie nach aktueller Faktenlage keine Chance mit einer Sperrgebietsausweisung. Vielleicht könne er dazu auch noch etwas sagen. Das heiße nicht, dass es nicht in der Zukunft unter anderer Faktenlage möglich wäre.

Herr Lipp (OA) antwortet, dass er vorschlage, es ganz konkret mit der Bürgerinitiative zu besprechen und sich auch anzuhören, was die Fälle seien, die bislang nicht bei ihnen angekommen seien. Das interessiere ihn. Dann könne man auch verlässliche Meldewege etablieren. Man würde sehen, wie das sei. An der Stelle, direkt nachdem es passiert sei, eine direkte Mail an das Ordnungsamt zu schreiben, wäre gut. Die rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung der Prostitution, wie die Sperrgebietsverordnung. Ein kompletter Sperrbezirk in der Innenstadt mit dem Verbot der Straßenprostitution außerhalb und dann noch weiter aus mit der gesetzlichen Zulässigkeit. Da dürfe er sagen, dass in Karlsruhe die

**6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße**

Blatt 5

gesetzlichen Möglichkeiten so gut ausgenutzt würden, wie selten in anderen Städten. Das sei der momentane Stand. Sie hätten keine Sachlage und konkrete Gefahren in Örtlichkeiten, wo sie einsteigen und sagen könnten, dass nachgeschärft werden müsse. Die Zuständigkeit liege beim Regierungspräsidium, mit dem sie auch tatsächlich in konstantem Austausch seien, wenn etwas vorgefalle. In den letzten Monaten seien sie wieder im Gespräch gewesen. Dort sei auch nichts bekannt. Die Rechts- und Tatsachenlage werde so eingeschätzt, dass sie da nichts tun könnten und müssten. Daher müssten sie Daten und Fakten sammeln, um zu sehen, wie es ausschaue. In den Printmedien sei wieder ein Beitrag gewesen, wo kürzlich bestätigt worden sei, dass die Regelung des Straßenstriches nach 22 Uhr gut funktioniere und das teilweise akribisch pünktlich. Diesen Eindruck hätten sie auch. Sie würden sehen, dass es eine Art Wellenbewegung sei, was die Verschmutzungen betreffe mit gebrauchten Utensilien, die dann irgendwo in der Umgebung lägen. Daraus folge, dass sie vor Ort gingen, mit Polizei und KOD die Damen ansprächen und entsprechend die Reinigung veranlassten. Dann sei es besser und dann komme es wieder. Das seien Wellenbewegungen, die ihm in den letzten Jahren von den Mitarbeitern geschildert worden sei. Das würden sie auch nie ganz abstellen können, aber da seien sie konstant dran.

OR Yesil (FW-OR-Fraktion) fragt, von welchen Bedarfen in der Stellungnahme gesprochen werde. Sie wolle wissen, wie die Kontrollen durchgeführt würden und wie man kontrollieren könne, dass sie wirklich angemeldet seien und alle Bedingungen erfüllten. Sie wolle außerdem wissen, wo er denke, dass die Prostitution stattfinde. Sie könne ihm sagen, dass sie am Aldi-Parkplatz, im Säuterich hinten auf dem Feld und direkt vor den Häusern der Wohnhaften, in der Fiduciastraße entlang eines Weges, wo die Bewohner es beobachten könnten und im Moschee-Hinterhof stattfinde. Sie fragt, wie er prüfe, ob die Frauen Opfer von Menschenhandel seien. In Durlach hätten ihnen Anwohner berichtet, dass die Frauen regelmäßig, alle drei Monate mit organisierten Bussen ausgetauscht würden. Sie wolle wissen, ob ihm das bekannt sei. 2014, 2015 als alles angefangen habe, sei es nur in der Ottostraße gewesen. Mittlerweile sei es schon in der Fiduciastraße Richtung Wohnungen.

Herr Lipp (OA) antwortet, dass er es nur wiederholen könne. Sie hätten Kenntnis, dass kontinuierlich 15 Prostituierte auf dem Straßenstrich in Durlach unterwegs seien. Insgesamt seien es, inklusive der 15, um die 25 Prostituierte in Durlach. Die Kontrollen fänden einmal anlassbezogen statt, wenn die Polizei Anlass sehe, vor Ort zu kontrollieren und wenn Prostituierte die Anmeldung nachwiesen. Ansonsten fänden die zweimal jährlichen Großkontrollen aller Objekte zusammen mit Ordnungsamt und Polizei statt. Die Anmeldung sei eine Frage, die sich vor Allem zur Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes gestellt habe. Natürlich könnten sie nicht sicherstellen, dass jede Prostituierte und jeder Prostituierte, der draußen unterwegs sei, zu ihnen komme. Er könne ihnen sagen, dass es auf einem Austausch basiere, den sie als Ordnungsämter pflegten und auf entsprechen-

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße

Blatt 6

den Fachberichten, dass das Dunkelfeld hier relativ gering sei. Diese Anmeldepflicht werde mit wenigen Ausnahmen von den Prostituierten angenommen. Wenn Deutsch nicht beherrscht werde, würden Dolmetscherleistungen hinzugezogen. Seine Vorgängertätigkeit sei gleich gelagert gewesen. Von daher kenne er auch andere Städte, in denen Prostitution gegeben war. Es habe gut funktioniert und besser als man es sich vorstellen möge. Es fänden entsprechende Beratungen der Prostituierten statt. Das sei nicht so, dass man eine Beratung aufdrängen könne, aber es gebe Handreichungen für diejenigen, die es interessiere. Sie habe bezüglich der Verrichtungsstätten ein Problem angesprochen. Es sei sehr schwer zu kontrollieren. Da sei das meiste Konfliktpotential drin. Es sei sehr schwierig zu regeln, beziehungsweise in Teilen leider nicht zu regeln. Ab 22 Uhr werde nach ihrem Kenntnisstand akribisch eingehalten. Es müssten einzelne Verrichtungsplätze sein, die entweder jenseits dieser Zeit bedient würden oder so in aller Öffentlichkeit, dass sie einen Ansatz für eine Ordnungswidrigkeit hätten, aber aktuell hätten sie das nicht.

OR Yesil (FW-OR-Fraktion) ergänzt, dass sie am 16.06. eine Begehung gehabt hätten. Auf dem Parallelweg zur Fiduciastraße sei ein Feldweg. Da seien Häuser. Sie wolle wissen, wie man damit umgehe, dass die keine Gewalt erleben müssten, wenn es Namen gebe. Wenn sie sich namentlich beschweren würde, wolle sie wissen, ob das nicht auch gefährlich für sie sei. Deswegen gebe es auch keine Namen. Die Leute hätten Angst sich unter Angabe ihres eigenen Namens zu beschweren. So verstehe sie das.

Herr Lipp (OA) antwortet, dass er nur dazu ermutigen könne, Anzeige zu erstatten. Wenn es aktenkundig bei ihnen werde, beziehungsweise eine Anzeige da sei, dann brauchten sie die Person, um das verifizieren zu können. Das funktioniere aber in keinem Bereich der Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten anders. Wenn es ganz konkrete Ansetzte von Bedrohungen seien, dann würden sie das mit der Polizei besprechen. Ihnen sei davon aber bislang nichts bekannt. In jedem Lebensbereich werde an sie herangetragen, mehr Kontrollen durchzuführen. Das funktioniere aber nicht aufgrund des Personalbestandes. Am Ende sei es immer eine Art der Geldfrage. Im Vergleich zu anderen Sicherheits- und ordnungsrechtlich relevanten Bereichen, sei er hier der Überzeugung, dass sie hier aufgrund der engmaschigen Kontrollen ein besseres und genaueres Lagebild als in anderen Bereichen hätten. Jetzt müssten sie sagen, dass sie in den Austausch gehen müssten. Es sei die Frage, wo es konkrete Anhaltspunkte gebe. Vielleicht müssten sie besser steuern, dass sie zur richtigen Zeit am richtigen Ort seien. Er glaube nicht, dass eine quantitativ höhere Kontrolldichte unbedingt mehr helfe. Es sei die Frage, wo die Punkte seien, wo sie besser hingucken könnten. Da lasse sich sicher ansetzen. Zur sexuellen Ausbeutung, Zwangsprostitution könnten sie das nicht negativ vorab prüfen. Das könnten sie auch für alle Straftaten denken. Es werde nicht wegen einer Straftat ermittelt, so lange es keine Hinweise oder Beweise gebe, dass irgendetwas vorgefallen sei. Da gehe er nochmal auf die Beratungsgespräche ein. Wenn eine Frau oder ein Mann andeuten würde, Opfer solcher Straftaten zu sein, würden sie natürlich Hilfe anbieten und zur Anzeige ermuntern.

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße

Blatt 7

Es gebe diese Straftaten, aber ganz überwiegend würden die Menschen, die zu ihnen kommen, freiwillig in die Prostitution gehen.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) merkt an, dass die SPD in der Bürgerinitiative vertreten sei. Die Ortsvereinsvorsitzende, Frau Dr. Schulte, sei eine der Gründerinnen. Trotzdem gehe ihm die Diskussion, die sie führten, ein bisschen an dem Thema vorbei. Wenn sie fragten, wie viele Straftaten nachgewiesen würden, wie viele Ordnungswidrigkeiten. Der Mischstand sei, dass diese Straßenprostitution dort hinten, wo sie im Moment sei, in der Nähe von Wohnbebauung stattfinde, in der Nähe von gewerblicher Nutzung, in der Nähe von wohnortnaher Versorgung, von Büros, wo die Angestellten zu dieser Zeit noch unterwegs seien. Eine Moschee sei in der Nähe, Versorgungseinrichtungen seien in der Nähe. Das sei ein Mischstand, auch wenn man es nicht mit Ordnungswidrigkeiten oder Straftatbeständen beschreiben könne. Es gelte den zu beseitigen. Das gehe nur über die Sperrbezirksverordnung. Wenn man sich die jetzt anschau, die sei ja vom Regierungspräsidium erlassen. Sie müssten jetzt alle mal konstatieren, dass auch der Gemeinderat da keine Entscheidungsmöglichkeit habe, sondern es nur anregen könne. Diese Sperrbezirksverordnung von 2014 verbiete die Straßenprostitution nur in der Innenstadt. Außerhalb des Karlsruher Stadtzentrums sei Straßenprostitution überall von 22 Uhr bis 6 Uhr zulässig. In Stupferich, Grötzingen, Daxlanden und auch auf dem Durlacher Marktplatz. Daran sehe man, dass die Macher dieser Sperrbezirksverordnung nicht an die Konflikte gedacht hätten, die diese Straßenprostitution den anderen berechtigten Nutzungen auf der Straße, im öffentlichen Raum bringe. Von daher gesehen, sei es geboten, – wahrscheinlich nicht nur für Durlach, sondern auch für anderer Stadtteile – den Sperrbezirk dorthin gehend zu erweitern, wo die Nähe zur Wohnbebauung bestehe und wo die Nähe zu sozialen Einrichtungen bestehe. Die Sperrbezirksverordnung diene ja nicht der Bekämpfung von Straftaten. Es gehe darum, diese Konflikte in gewisser Weise steuern zu können und das solle man tun und nicht von vornherein sagen, dass es nicht gehe. Als Volksvertreter denke man da auch anders als die Verwaltung. Sie seien auch bereit eine entsprechende Initiative zu starten und würden die anderen Parteien einladen, da mitzumachen. Es würde sich aber dann auf die Gesamtstadt beziehen. Aus diesem Grund meine er, sie könnten es nicht permanent mit Einzelfalldiskussionen zu einem Ergebnis bringen, sondern nur mit klaren Versuchen der Änderung dieser Sperrbezirksverordnung. Das müsse man auf den Weg bringen. Dafür brauche man politische Mehrheiten. Bei allem anderen müsse er ihm Recht geben. Wo er keine Straftaten habe und kein Gefährdungspotential über das Normale hinaussehe, da könne er auch nicht einschreiten. Die Fraktionen mögen die Änderung der Sperrbezirksverordnung nach Karlsruhe ins Rathaus tragen. Im Rathaus selbst, sei natürlich Sperrbezirk und drumherum auch. Da habe sich die Stadt Karlsruhe mal irgendwas überlegt. Auf der Karte der Sperrbezirksverordnung sei Durlach noch nicht einmal drauf. Im Gesetz stehe auch, dass Gemeinden bis zu 50.000 Einwohnern ihre Stadt komplett zum Sperrbezirk erklären könnten. Durlach habe über 30.000 Einwohner. Leider könnten sie es nicht alleine. Das sei 1938 weiter versaut worden und danach auch noch.

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße

Blatt 8

Herr Lipp (OA) antwortet, dass es richtig sei, dass eine Änderung der Sperrbezirksverordnung die Situation verändern könne. Diese Änderung funktioniere nicht im rechtsfreien Raum oder ob man wolle oder nicht. Natürlich gebe es verschiedene Ansichten. Zum jetzigen Zeitpunkt sei sein rechtliches Fazit, dass er den Standpunkt des Regierungspräsidiums nachvollziehen könne, dass die Grenzen dessen erreicht seien, was rechtlich möglich sei. Dann müsse man darüber in die Diskussion gehen. Die Regelung müsse auf gutem Boden stehen. Prostitution sei seit über zwanzig Jahren zulässig. Eine Sperrbezirksverordnung, die beispielsweise ein ganzes Stadtgebiet abzweckt, verkehre des Gesetzes Gegenteil und werde nicht statthalten.

OR Seidler (AfD) dankt Herrn Lipp für die konkreten Zahlen. Er wolle wissen, welcher Personaleinsatz ihm zur Verfügung stehe, um regelmäßig den Straßenstrich zu überwachen und in welchen zeitlichen Abfolgen.

Herr Lipp (OA) antwortet, dass die Kontrolle aller Prostitutionsobjekte zwei Mal im Jahr zusammen mit der Polizei sei. Es werde organisiert von den Mitarbeitenden der Polizeibehörde, deren Auftrag die Bearbeitung des Prostituiertenschutzgesetzes sei. Wenn draußen am Straßenstrich zu kontrollieren sei, dann übernehme das der KOD. Die Vorbereitung des Ganzen, der Austausch mit der Polizei, Beratungsgespräche würden in der Polizeibehörde geschehen. Es seien keine Vollzugsbeamte. Es seien seine Mitarbeiter dort. Konstant mit diesem Thema – die hätten natürlich auch noch andere Aufgaben – seien drei Mitarbeitende tagtäglich in diesem Bereich mit Aufgaben beschäftigt seien. Sie kümmerten sich um die Vorbereitung der Fachgruppe und Ähnliches. Vollzugsaufgaben würde der KOD draußen übernehmen.

Frau Anna Frey (Die Linke) führt aus, dass sie eine ganze Reihe von Fragen habe. Sie wolle wissen, ob er Einschätzungen habe, wie sehr sich die Nachfrage in der letzten Zeit verändert habe. Sie wolle wissen, ob sich das auch aus den Gewerbesteuererinnahmen von den Anbieterinnen ableiten ließe. Sie wolle auch wissen, ob sich die räumliche Ausdehnung mehr in Richtung Wohnbebauung bewegt habe, von der Fiduciastraße Richtung Bundesstraße, von der Ottostraße Richtung Industriegebiet, weiter Richtung Kernbebauung. Sie wolle wissen, ob diese Ausweitung passiert sei, weil die Nachfrage gestiegen sei oder weil die Prostituierten mehr Schutz und Sichtbarkeit gesucht hätten. Es müsse sich nicht unbedingt mit Aussagen bei der Polizei decken. Sie wolle wissen, ob es da Gespräche gebe und er schon Antworten bekommen habe. Außerdem wolle sie wissen, in welches Cluster die Anbieterinnen der Prostitution in diesem Bereich fielen. Es gebe Beschaffungsprostitution, Prostitution im Graubereich aber dann auch etwas wie Armutsprostitution, wo es dann arg in den unfreiwilligen und vielleicht sogar gewaltförmigen Bereich hineingehe. Auch Armutsprostitution sei ein großes Problem. Gerade bei einer Ausprägung in Form eines Straßenstrichs liege die Vermutung sehr nahe, dass es nicht aus Selbstverwirklichungsgründen, sondern aus Notwendigkeit heraus passiere. Dann wolle sie gerne wis-

**6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße**

sen, ob er in den letzten Jahren bei den Kontrollen konkreten Beratungs- und Unterstützungsbedarf festgestellt habe und ob das auch proaktiv angeboten werde. Er habe gesagt, dass er drei Mitarbeiter habe, die sich damit beschäftigten. Sie wolle wissen, ob die Mitarbeitenden dafür explizit geschult worden seien, ob sie sich hauptsächlich darauf konzentrierten. Sie wolle wissen, ob es da regelmäßige Weiterbildungen zu dem Thema gebe, damit sie auch ihr Wissen up to date hätten, damit sie auch bestmöglich wirken könnten. Er kenne ja von der Bürgerinitiative die Beschwerden und die öffentlichen Bewertungen auf den Bewertungsportalen. Sie wolle wissen, ob diese Meldungen, wenn sie nicht mit einer namentlichen Aussage versehen seien, in seine Arbeit keinen Eingang fänden. Sie wolle wissen, wenn die Bürgerinitiative hier Informationen sammeln würde, ob das eine Möglichkeit sei, seine Arbeit zu unterstützen oder ob er dann damit gar nicht umgehen könne. Er habe erwähnt, dass es zwei bis drei Anzeigen zum Thema Menschenhandel gegeben habe, die eingestellt worden seien. Er wolle wissen, wie da das Vorgehen gewesen sei und ob es Anhaltspunkte darauf gegeben habe, dass die Leute, die die Anzeige gestellt hätten, die Anzeige nicht ganz freiwillig zurückgezogen hätten.

Herr Lipp (OA) antwortet, dass die Verfahren eingestellt worden seien. Der Schluss, dass die Anzeige zurückgezogen worden sei, sei da falsch. Sie seien auch Ordnungsbehörde und nicht Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft ermittle und entscheide, wie ein Verfahren fortgehe. Sobald die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft sei, sei die Frage, ob ein öffentliches Interesse der Strafverfolgung bestehe. Wenn etwas dran sei, mache die Staatsanwaltschaft weiter. Er habe den Polizeibericht. Er gehe davon aus, dass es nicht genügend Anhaltspunkte gegeben habe, weiter zu ermitteln. Wenn die Meldungen reinkämen, dass eine Veränderung der Situation, wie zum Beispiel eine Verlängerung des Straßenstrichs hereinkomme, von Gemeinderäten, Bürgermeister, Polizei, Presse, dann würde er intern Fragen, was ihr Bild sei. Es interessiere ihn ja selbst, wenn es so sei. Er mache lieber vorher etwas, bevor er in die Kritik komme, abzuwarten. Er habe hier noch keinen konkreten Ansatzpunkt. Auch wenn es anonyme Hinweise gebe, die sie zum Schluss bringen würden, dass da was sei, würden sie dem nachgehen. Anonyme Hinweise würden nie dazu führen, dass sie auch für die Personen, die draußen konkret Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten begingen, dass sie dem nachgehen würden. Wenn wirklich konkrete Folgen für Einzelne da sein sollten, seien sie wirklich darauf angewiesen, dass jemand sich traue, mit ihnen ins Gespräch zu gehen. Er könne dazu nur ermuntern. Sie würden das Ihre tun, um es vertraulich zu halten, aber gegebenenfalls werde die Person Zeuge in einem Gerichtsverfahren. Dazu diene es auch. Es gebe eine ethische und eine rechtliche Freiwilligkeit. Das sei das gesellschaftliche Problem und knüpfe daran an, ob man sage, dass diese Regelung grundsätzlich eine Gute sei. Das sei jenseits der Fragen, die sie als Ordnungsamt entscheiden könnten. In soweit könne er nur noch einmal wiederholen, dass diejenigen Prostituierten, die zu ihnen kämen, sollten sie Zweifel haben, dass das jemand nicht freiwillig tue, dann würden sie nachhaken. So sei es nicht. Das im Prinzip immer irgendwelche Beweggründe da seien, die sie sich alle nicht wünschten, sei

**6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr****Protokoll zu****TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße**

wahrscheinlich selbstverständlich. Zur räumlichen Ausdehnung könne er wiederholen. Sie hätten eben keine Erkenntnis, dass sich das ausgedehnt hätte. Er würde an dem Gespräch mit der Bürgerinitiative auch seine Fachleute, die langjährig diese Situation im Kopf hätten, mitbringen. Dann mache es auch Sinn, sich über konkrete Stellen auszutauschen, wo sich etwas verändert habe. Zahlen zur Gewerbesteuer habe er nicht. Da müsse er nachfragen, ob es da etwas gebe. Er habe berichtet, dass er von den Zahlen der Tätigen sage, dass die Anzahl der Prostituierten wohl um zehn bis zwanzig Prozent abgenommen habe. Ihr Schluss und auch der Schluss der Polizei sei, dass seitdem durch alle Lebensumstände, die sie auch miterlebten, für diese Dienstleistungen weniger Geld da sei. Sie gingen von einer gesunkenen Nachfrage aus, die weniger Angebot bringe. Nach ihrer Kenntnislage sei der überwiegende Anteil der Prostituierten aus Osteuropa.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) führt aus, wenn er von ihm höre, dass die Prostitution leicht rückläufig sei, dann mache das dieses Objekt, das in der Presse und in aller Munde gewesen sei, wo es um sehr viele Prostituierte gegangen sei, für ihn noch etwas fraglicher. Prostitution sei erlaubt. Bei der Straßenprostitution sei es ja so, dass die Verrichtung irgendwo im öffentlichen Raum stattfinden müssen, also führ ihn die Frage, ob das denn erlaubt sei. Er habe immer gedacht, dass Sex in der Öffentlichkeit so etwas wie Erregung öffentlichen Ärgernisses und damit nicht erlaubt sei. Herr Lipp habe ja vorhin von weiblichen und männlichen Prostituierten gesprochen. In Durlach bestimmten die Damen das Straßenbild, die sie alle sehen würden. Von daher wolle er wissen, ob es auf ihrer Gemarkung auch ein männliches Gegenstück gebe und die konkrete Frage dazu sei, dass er davon ausgehe, dass mit Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes und der Anmelde- und Beratungspflicht, gebe es die Beratung des Ordnungsamtes, dazu noch eine wiederkehrende Beratung durch das Gesundheitsamt. Er wolle wissen, ob dieser Bereich der männlichen Prostitution, vielleicht doch eher im Dunkelfeld sei, weil er da aus beruflicher Kenntnis, nichts über männliche Prostituierte wisse, die diese gesundheitliche Beratung wahrnehmen würden.

Herr Lipp (OA) antwortet, dass er keinen konkreten männlichen Prostituierten oder egal welcher anderen Sexualität im Kopf habe. Aber die gebe es und er finde, dass es an dieser Stelle mitgenannt gehöre, da es lediglich auf weibliche Prostituierte zähle und da sei auch ein gewisses Dunkelfeld da, auch in den Köpfen. Mit der Erregung öffentlichen Ärgernisses spreche er etwas an. Das bedinge sich. Wenn Prostitution grundsätzlich zulässig sei, von der Sperrbezirksverordnung geregelt, dass in den Außenbereichen außerhalb der Kernstadt, diese Prostitution nur nach 22 Uhr zulässig sei. Dass das Ganze ja wohl wäre, wenn die Verrichtung nicht auch irgendwie möglich sei. Die konkrete Frage sei, ob es Plätze gebe, die so einsehbar seien, dass daraus eine Gefahr erwachse, im Sinne öffentlicher Ordnung oder Ähnliches. Das sei ein gedanklicher Ansatzpunkt. Endbeantworten könne er ihm diese Frage nicht. Da müssten sie diskutieren, ob es Zonen gebe, wo sie sagten, dass es auf diese Weise nicht sein dürfe. Das schließe nicht das Anbahnungsge-

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 3: Straßenprostitution in der Ottostraße

Blatt 12

sprach der Prostitution aus. Das sei erlaubt. Die konkrete Verrichtung sei an diesem Ort dann nicht erlaubt. Das halte er für denkbar.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass sie das dann auch anhand der konkreten Situation prüfen müssten, da es eine Einzelfallentscheidung sei. Sie habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Sie habe noch eine Frage, die immer wieder über die Bürgerinitiative genannt werde. Sie wolle wissen, ob er Erkenntnisse darüber habe, dass besonders viel Kundschaft aus Frankreich, aus dem Elsass, komme.

Herr Lipp (OA) antwortet, dass er konkret keine Erkenntnisse habe. Natürlich bestehe die Vermutung, dass es für viele Prostituierte hier kein unattraktiver Standort sei. Das gelte aber für alle Städte entlang des Rheins. Das sei so.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich. Sie würden dann beide diesem Gremium aus den Gesprächen mit der Bürgerinitiative berichten. In der Bürgerinitiative seien auch einige der Kolleginnen und Kollegen hier vertreten.

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 4: Nutzung des Hausmeisterhauses in der Karl-Weysser-Str. 18, 76227
Karlsruhe

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 4, Nutzung des Hausmeisterhauses in der Karl-Weysser-Str. 18, 76227 Karlsruhe**, auf. Die Antwort sei sehr knapp und kurz ausgefallen, obwohl es dazu aus ihrer Sicht schon mehr zu sagen gebe. Die Übergabe sei bereits an ihre Abteilung für den Bauunterhalt, an Herrn Dueck, erfolgt. Herr Dueck hätte noch zusätzlich berichtet, sei aber im Urlaub. Er habe aber im Ältestenrat bereits die Fraktionsvorsitzenden schon darüber unterrichtet. Da gebe es schon konkrete, weitere Schritte, die man mache, wo man das in enger Absprache mit der Schulleitung, Herrn Inhoff, nutzbar mache. Da sei man schon weiter, als in der Stellungnahme beschrieben. Sollte es stocken, bitte sie um einen Zuruf Herrn Inhoffs.

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 5: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5, Mitteilungen des Stadtamtes Durlach**, auf. Diese seien wieder in Session hinterlegt worden und lägen hier auch aus.

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 5: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 6, Mündliche Fragen**, auf.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) führt aus, dass seit mehreren Monaten Tempo 30 in der Rittnertstraße bergauf wie auch bergab sei. Das sei ein bisschen gewöhnungsbedürftig gewesen, mittlerweile sei es aber für Fußgänger, Radfahrer und den PKW-Verkehr sehr gut. Nichtsdestotrotz seien in den letzten Wochen und Monaten an unterschiedlichen Orten Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt worden, bergauf und bergab. Da wolle er die Anregung machen, ob man den aktuellen Messstandort weiter hinauf in die Höhe AS Waldheim, Waldhütte versetzen könne. Das sei Höhe Rittnertsstraße 87, weil nur im unteren Bereich kontrolliert werde. Da oben, wo auch die Kinder kreuzten, wenn Ferienfreizeiten seien, kämen die Leute vom Berg heruntergeschossen und ob man das Tempo 30 nicht noch – wenn man von Stupferich nach Durlach komme, dann sei die Kreuzung noch ausgenommen – um die 20 Meter verlängern könne, damit dieser Kreuzungsbereich doch mit drin sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fragt, ob es der Kreuzungsbereich sei, der bergauf schon im Tempo 30 drin sei.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) bejaht.

OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) merkt an, dass der Bahnhofsvorplatz abends und auch in der Zwischenzeit tagsüber schwierig sei, weil dort Drogenhandel stattfindet, der Alkoholkonsum steige, vor allem in diesem nicht genutzten Bushäuschen. Die Parkbänke seien dementsprechend belegt. Ihre Frage sei, ob man das ein bisschen regelmäßiger kontrollieren könne, weil dort viele Menschen und auch Schülerinnen und Schüler kreuzten. Das Zweite sei der Aufzug, der vorne vom Bahnhof in die Überführung führe. Nicht nur, dass der Aufzug wahrscheinlich der siffigste Ort in Deutschland sei. Es scheine Sport zu sein, da rein zu pieseln und auch sonstige Verrichtungen zu tun. Jetzt sei er seit vier Wochen wieder kaputt. Sie tue sich extrem schwer mit dem Treppengehen. Sie wisse, dass es viele Menschen gebe, die einen Aufzug bräuchten und seit vier Wochen stehe dieses Teil. Das könne alles irgendwie nicht sein.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass sie das Eine an den KOD und das Polizeirevier weitergeben würden. Bezüglich des Aufzugs würden sie Kontakt mit der Bahn aufnehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sie sich recht herzlich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:53 Uhr.

6. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21. Juni 2023,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 5: Mitteilungen des Stadtaamtes Durlach

Die Vorsitzende:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

Die Urkundsbeamten:

.....
OR Dr. Wagner
(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

Der Protokollführer:

.....
OR Wenzel
(FW-OR-Fraktion)

.....
Carlo Wurm
(StaDu)